

NEWSLETTER 03|2021

Berlin, den 23. Juni 2021

INHALTSVERZEICHNIS

AUS DER EAF ARBEIT

| | |
|--|---|
| Anhörung zum Neunten Familienbericht | 3 |
| eaf-Präsident Dr. Martin Bujard im Interview: Kinder wieder stark machen | 3 |
| Familienpolitik krisensicher gestalten | 3 |
| Pressemitteilungen der eaf | 3 |
| Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben des Bundes | 4 |

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

| | |
|---|---|
| Ergebnisse des Neunten Familienberichts - Herausforderungen für die Politik | 4 |
| Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen – Chancen und Herausforderungen | 5 |
| Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt | 5 |
| GEWALT.MACHT.FRAUEN.SEELE.KRANK. | 5 |

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

| | |
|---|---|
| Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler | 5 |
| EU-Mitgliedstaaten beschließen Einführung einer Europäischen Kindergarantie | 6 |
| Dritter Gleichstellungsbericht „Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten“ | 6 |
| 37 Prozent der Kinder erhalten zu wenig Unterhalt | 6 |
| Familienbildung und Familienberatung für faire Bildungschancen | 6 |
| Einigung über Kinderrechte im Grundgesetz gescheitert | 7 |
| Sebastian Gutknecht ist erster Direktor der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz | 7 |
| Wissenschaftler fordern Senkung des Kinderfreibetrags | 7 |
| Aufbruch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit | 8 |
| Zeit, Geld und Infrastruktur entscheidend für erfolgreiche Familienpolitik | 8 |
| Fortschrittsagenda Sicherheit und Chancen für Familien | 8 |
| Drei von vier Vätern planten 2020 mit der Mindestdauer | 8 |
| 134 Millionen Euro für digitalen Zugang zu Familienleistungen | 9 |
| Seit 1. Mai 2021 neue Regelungen für den Kinder- und Jugendmedienschutz | 9 |

CORONA UND FAMILIEN

| | |
|--|---|
| Kinder und Jugendliche in der Coronavirus-Pandemie | 9 |
| Das Corona-Aufholpaket | 9 |

| | |
|--|----|
| Kinder sind die Verlierer der Corona-Pandemie | 10 |
| Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche | 10 |
| Erschöpften Müttern und Vätern wieder auf die Beine helfen | 10 |
| Psychologinnen befürchten für kleine Kinder Schäden aus der Pandemie | 10 |
| Homeschooling belastet Eltern jüngerer Kinder besonders stark | 11 |
| Kinder dürfen nicht die Verlierer der Pandemie werden | 11 |
| Deutsche wünschen sich in Pandemie mehr Anerkennung für Familien | 11 |
| DJI-Befragung AID:A bietet Einblicke in die Lebenswelt und Gefühlslage von Jugendlichen vor und während der Corona-Krise | 11 |
| Mehrheit der Jugend fürchtet in Corona-Krise um ihre berufliche Zukunft | 12 |
| Eltern in der Corona-Krise | 12 |
| Schule in der Pandemie: Lernzeiten der Kinder hängen auch von der Bildung der Eltern ab | 12 |
| So beeinflusst der Distanzunterricht das Stressempfinden von Schülerinnen und Schülern | 12 |
| ZAHLEN, DATEN, FAKTEN | |
| Geburtenzahl im März 2021: Höchster Wert seit mehr als 20 Jahren | 13 |
| Sexuelle Gewalt gegen Kinder nimmt weiter zu | 13 |
| Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ wird in Krisenzeiten zum Rettungsanker | 13 |
| Pflegende in der Familie müssen sich oft beruflich einschränken | 13 |
| THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND | |
| Forscher empfehlen Möglichkeit zur Embryonenspende | 14 |
| Abgeordnete wollen Pflichtberatung vor Bluttests auf Down-Syndrom | 14 |
| Familienzusammenführung zügig möglich machen | 14 |
| NÜTZLICHE INFORMATIONEN | |
| Website bietet Hilfe für Jugendliche mit Gewalterfahrungen | 15 |
| Zeitschrift „frühe Kindheit Nr. 2/21“ | 15 |
| Vielfalts-Check der Diakonie ist online | 15 |
| Aktuelle Ausgabe von DJI Impulse zum Thema Politische Bildung in Kindheit und Jugend | 15 |
| Impressum | 16 |

AUS DER EAF ARBEIT

Anhörung zum Neunten Familienbericht

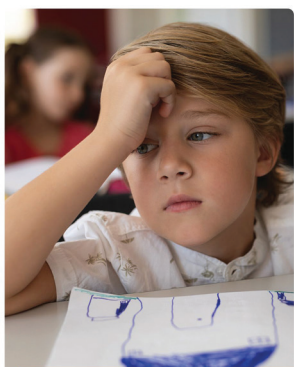
Am 17. Mai 2021 war eaf-Bundesgeschäftsführerin Dr. Insa Schöningh als Sachverständige im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu Gast und stellte die Stellungnahme der eaf zum Neunten Familienbericht vor.

>>>[Bericht und Videoaufzeichnung der Anhörung auf bundestag.de](#)

eaf-Präsident Dr. Martin Bujard im Interview: Kinder wieder stark machen

Mit einem milliardenschweren Aufholprogramm will die Bundesregierung dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche die Lernrückstände durch die Corona-Pandemie möglichst bald wettmachen. Der Präsident der evangelischen arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Martin Bujard, sagt dagegen im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd): Viele Kinder sind nach 15 Monaten Corona seelisch fertig. Das Letzte was sie brauchen, ist noch mehr Druck.

>>>[epd-Gespräch: Bettina Markmeyer und eaf-Präsident PD Dr. Martin Bujard](#)



FAMILIENPOLITIK
KRISENSICHER GESTALTEN

JAHRESTAGUNG
15./16. September 2021
in Hannover

Familienpolitik krisensicher gestalten

[eaf-Jahrestagung am 15. und 16. September 2021 in Hannover](#)

Wie können Politik und Gesellschaft Familien so unterstützen, dass Krisen besser bewältigt werden können und welche Instrumente und Strukturen müssen dafür geschaffen werden? Von welchen guten Erfahrungen aus der Praxis können wir dafür lernen? Diese Fragen möchten wir auf unserer diesjährigen Fachtagung mit Ihnen diskutieren!

>>>[Programm und Anmeldung](#)

Pressemitteilungen der eaf

>>>[Familienbildung und Familienberatung unverzichtbar! -](#)

[Die eaf begrüßt die aktuelle Bestandsaufnahme Familienbildung und Familienberatung in Deutschland](#)

Pressemitteilung der eaf vom 21. Juni 2021

>>>[Vorhaben Kinderrechte ins Grundgesetz scheitert? Das darf doch nicht wahr sein! eaf weist erneut auf ihren Kompromissvorschlag hin](#)

Pressemitteilung vom 9. Juni 2021

>>>Familiengründung ist Teamarbeit! eaf fordert zur Geburt zehn Tage bezahlte Freistellung für den zweiten Elternteil

Pressemitteilung vom 7. Juni 2021

>>>Druck rausnehmen! eaf fordert anlässlich des Internationalen Kindertags mehr Zeit für soziale und außerschulische Erfahrungen

Pressemitteilung vom 31. Mai 2021

>>>Kinderrechte und Grundgesetz: Happy End oder Never Ending Story?

Pressemitteilung vom 17. Mai 2021

>>>Genug ist genug: Mehr als viereinhalb Monate Schulschließung für Kinder und Jugendliche nicht zumutbar

Pressemitteilung vom 30. April 2021

Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben des Bundes

>>>Stellungnahme zum Neunten Familienbericht

Stellungnahme der eaf vom 17. Mai 2021

>>>Stellungnahme zur Verankerung von Kinderrechten

Stellungnahme der eaf vom 12. Mai 2021

>>>Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Ganztagsförderungsgesetzes

Stellungnahme der AGF vom 21. April 2021

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Veranstaltung der AGF in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Neunten Familienberichts am DJI

Ergebnisse des Neunten Familienberichts - Herausforderungen für die Politik

1. Juli 2021, Berlin

Teilnahme in Präsenz und online möglich.

>>>Programm und Anmeldung



ONLINE LUNCHBAG SESSION des DJI

Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen – Chancen und Herausforderungen

28. Juli 2021

>>>[Informationen und Anmeldung](#)

Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt

Interdisziplinärer Online-Kurs für alle, die zum Thema häusliche Gewalt/Gewalt in Paarbeziehungen arbeiten bzw. in ihrem Arbeitsalltag damit zu tun bekommen.

Start im Juli 2021

>>>[Informationen und Registrierung](#)

Digitale Fachtagung des Arbeitskreises Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)

GEWALT.MACHT.FRAUEN.SEELE.KRANK.

3. September 2021

>>>[Informationen und Anmeldung](#)

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler

Der Bundestag hat am Freitag, 11. Juni 2021, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler beschlossen. Der Rechtsanspruch tritt stufenweise ab dem 1. August 2026 in Kraft, zunächst für Grundschüler der ersten Klasse. Der Bund stellt den Ländern zur Realisierung des Rechtsanspruchs Investitionshilfen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

>>>[Meldung auf Bundestag.de vom 11. Juni 2021](#)

In einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 31. Mai 2021 stieß der Gesetzentwurf bei Sozial- und Familienverbänden, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie Wissenschaftlern auf große Zustimmung. Angemahnt wird jedoch der Mangel an Fachkräften in den kommenden Jahren. Vertreter der Kommunen bewerteten den Gesetzentwurf hingegen äußerst kritisch. Sie befürchten eine finanzielle Überbelastung.

>>>[Videoaufzeichnung der öffentlichen Anhörung auf Bundestag.de](#)

Im Rahmen der Verbändeanhörung hatte die AGF bereits im April für die Familienverbände eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgegeben und kritisiert, dass der Entwurf keinerlei Qualitätsanforderungen enthält.

[Pressemitteilung der AGF vom 21. April 2021](#)

EU-Mitgliedstaaten beschließen Einführung einer Europäischen Kindergarantie

Jedes Kind in Europa soll Zugang zu den Ressourcen haben, die es für sein Wohlergehen und seine Entwicklung benötigt. Dazu gehört die Teilhabe von Kindern an kostenloser medizinischer Versorgung, unentgeltlicher Bildung, kostenlosen Betreuungseinrichtungen, angemessenen Wohnverhältnissen und geeigneter Ernährung inklusive eines kostenlosen Mittagessens. Diese Schwerpunkte sind mit einzelnen weiteren Indikatoren unterfüttert.

>>><https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9106-2021-INIT/de/pdf>

Familienorganisationen begrüßen die Europäische Kindergarantie und fordern die Bundesregierung zur zügigen Umsetzung auf:

Pressemitteilung der AGF vom 14. Juni 2021

Dritter Gleichstellungsbericht „Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten“ der Bundesregierung im Kabinett beschlossen

Das Gutachten umfasst 101 Handlungsempfehlungen, die sich an die Politik in Bund, Ländern, Kommunen sowie die Zivilgesellschaft richten. Die Experten stellen darin u. a. fest, dass Homeoffice eine Chance für die Gleichstellung ist – wenn der Rahmen stimmt. Denn mobiles und flexibles Arbeiten bringt zwar mehr Flexibilität, aber auch die Gefahr einer Doppelbelastung, besonders für Mütter.

>>>Pressemitteilung des BMFSFJ vom 9. Juni 2021

37 Prozent der Kinder erhalten zu wenig Unterhalt

Mehr als ein Drittel aller unterhaltsberechtigten Kinder von Alleinerziehenden erhalten einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München zufolge keinen oder zu niedrigen Unterhalt vom anderen Elternteil. Die Forscher fordern mehr Unterstützung für Alleinerziehende und deutliche Nachbesserungen beim staatlichen Unterhaltsvorschuss.

>>>Mitteilung des DJI vom 9. Juni 2021

10 Jahre Elternbegleitung:

Familienbildung und Familienberatung für faire Bildungschancen

Seit zehn Jahren gibt es die Qualifizierung zur Elternbegleiterin und zum Elternbegleiter. Das wurde am 9. Juni beim vierten Bundeskongress gewürdigt und gefeiert – mit bundesweit 1.400 digital zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die eaf ist Mitglied des Trägerkonsortiums des Bundesprogramms und konnte in den vergangenen Jahren zahlreichen Mitarbeiter_innen der

Evangelischen Familienbildung die Teilnahme an der Weiterqualifizierung zur Elternbegleiterin/zum Elternbegleiter ermöglichen.

>>>[Pressemitteilung des BMFSFJ vom 9. Juni 2021](#)

Einigung über Kinderrechte im Grundgesetz gescheitert

Die von der großen Koalition geplante Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz kommt in dieser Wahlperiode nach Angaben von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) nicht mehr. Wie Lambrecht am 7. Juni 2021 mitteilte, sind die Verhandlungen darüber zwischen den Koalitionsfraktionen und mit der Opposition gescheitert.

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 8. Juni 2021](#)

Sebastian Gutknecht ist erster Direktor der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz

Mit dem am 1. Mai 2021 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes ist die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) aus der bisherigen Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) entstanden.

>>>[Pressemitteilung BMFSFJ vom 8. Juni 2021](#)

Wissenschaftler fordern Senkung des Kinderfreibetrags

Die steuerliche Behandlung von Familien mit Kindern durch Kindergeld und Kinderfreibeträge begünstigt nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Haushalte mit hohem Einkommen. Die Forscher fordern deshalb, den Kinderfreibetrag deutlich zu senken. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen des Staates von bis zu 3,5 Milliarden Euro sollten für die Bildungsinfrastruktur und für einkommensschwache Haushalte eingesetzt werden.

>>>[DIW aktuell vom 31. Mai 2021](#)

Anhörung des Familienausschusses zu Linkenforderung nach Elternschutz

Die von der Linksfraktion geforderte Weiterentwicklung des Mutterschutzgesetzes zu einem Elternschutzgesetz, das die Einführung einer zehntägigen Freistellung von der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für den zweiten Elternteil oder eine zu benennende soziale Bezugsperson nach der Geburt eines Kindes vorsieht, stößt auf ein geteiltes Echo. Während dies von Arbeitnehmervertretern, Familienverbänden und dem Deutschen Frauenrat ausdrücklich begrüßt wird, lehnen dies Arbeitgeber und Vertreter der Wirtschaft ab. Dies zeigte sich in einer öffentlichen Anhörung am 7. Juni 2021 über den entsprechenden [Antrag der Fraktion Die Linke](#).

>>>[Meldung auf bundestag.de vom 7. Juni 2021](#)

Aufbruch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit

Das Bündnis Sorgearbeit fair teilen fordert die Politik auf, sich für die gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern über den ganzen Lebensverlauf hinweg einzusetzen. Die Anreize für die gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit müssen gestärkt werden. Denn Erschöpfung, Burnout und Existenzängste durch berufliche und finanzielle Einbrüche in der Pandemie treffen vor allem Frauen in vielerlei Hinsicht besonders hart.

[>>>Pressemitteilung Bündnis Sorgearbeit fair teilen vom 28. Mai 2021](#)

[Anhörung zum Neunten Familienbericht:](#)

Zeit, Geld und Infrastruktur entscheidend für erfolgreiche Familienpolitik

Zeit, Geld und Infrastruktur sind die entscheidenden Stellschrauben für eine erfolgreiche Familienpolitik. Dies war der einhellige Tenor in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses am 17. Mai 2021 über den [>>>Neunten Familienbericht](#).

Auch eaf-Bundesgeschäftsführerin Dr. Insa Schöningh wurde von den Mitgliedern des Ausschusses als Expertin angehört.

[>>>Stellungnahme der eaf zum Neunten Familienbericht vom 17. Mai 2021](#)

[>>>Meldung auf bundestag.de vom 18. Mai 2021](#)

[>>>Videoaufzeichnung der Anhörung in der Mediathek des Bundestages](#)

Fortschrittsagenda Sicherheit und Chancen für Familien

Familienpolitik hat eine zentrale Bedeutung für das Funktionieren von Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialstaat. Die Fortschrittsagenda "Sicherheit und Chancen für Familien. Wie weiter mit der Familienpolitik in und nach der Pandemie?" blickt auf Basis einer Standortbestimmung der Familienpolitik, mit ihren zentralen Entwicklungen sowie Trends im Familienleben, in die Zukunft.

[>>>Broschüre des BMFSFJ zum Download \(PDF\)](#)

[Zwei Monate Elterngeld:](#)

Drei von vier Vätern planen 2020 mit der Mindestdauer

Die meisten Väter haben 2020 nur eine vergleichsweise kurze Auszeit vom Beruf geplant, wie das Statistische Bundesamt zum Vatertag mitteilte. Knapp drei von vier (72 Prozent) planen mit der minimalen Elterngeldbezugsdauer von zwei Monaten. Die meisten Mütter (62 Prozent) dagegen beantragten das Elterngeld für zehn bis zwölf Monate.

[>>>Pressemitteilung Destatis vom 11. Mai 2021](#)

134 Millionen Euro für digitalen Zugang zu Familienleistungen

Bund und Bremen starten die bundesweite Umsetzung der umfassenden Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen im Bereich Familie und Kind. So werden antragstellende Bürgerinnen und Bürger in Zukunft entlastet.

>>> [Pressemitteilung BMFSFJ vom 3. Mai 2021](#)

Reform des Jugendschutzgesetzes:

Seit 1. Mai 2021 neue Regelungen für den Kinder- und Jugendmedienschutz

Langjährige Forderungen der Fachwelt, Einigungen zwischen Bund und Ländern, der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien für die 19. Legislaturperiode sowie Forderungen der Kinderkommission des Deutschen Bundestages und des Kinderrechtsausschusses der Vereinten Nationen werden mit dem neuen Jugendschutzgesetz umgesetzt.

>>> [Pressemitteilung des BMFSFJ vom 30. April 2021](#)

CORONA UND FAMILIEN

Kinder und Jugendliche in der Coronavirus-Pandemie

Psychosoziale und edukative Herausforderungen und Chancen

Die Leopoldina fordert in ihrer Ad-hoc-Stellungnahme den Auf- und Ausbau von Unterstützungs- und Bildungsstrukturen. Diese sollten die derzeit bestehenden Ungleichheiten in Bildungs- und Entwicklungschancen nachhaltig adressieren und nicht nur pandemiebedingte Nachteile ausgleichen, sondern die Situation im Vergleich zum Status quo vor der Pandemie verbessern.

>>> [Pressemitteilung vom 21. Juni 2021](#)

Das Corona-Aufholpaket

Erste zusätzliche Angebote gibt es schon in den Sommerferien. Aus dem Budget des Familienministeriums werden die Förderung von Kleinkindern, mehr Freizeit-, Sport- und Ferienangebote und die Begleitung von Kindern und Jugendlichen zurück in einen normalen Alltag finanziert. Bedürftige Familien können ab August einmalig mit einem Freizeitbonus in Höhe von 100 Euro pro Kind rechnen. Die Auszahlung erfolgt in der Regel automatisch.

>>> [Meldung des BMFSFJ vom 14. Juni 2021](#)

Kinder sind die Verlierer der Corona-Pandemie

So sehr die Sachverständigen in der Anhörung die einzelnen Regelungen des [Gesetzentwurfes zu den Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder](#) begrüßten, so prinzipiell fiel ihre Kritik an der Bundesregierung im Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie aus. Niels Espenhorst vom Paritätischen Gesamtverband wies darauf hin, dass Kinder und Jugendliche die Verlierer der Pandemie seien, vor allem jene aus einkommensschwachen Familien.

[Meldung hib vom 1. Juni 2021](#)

Kabinett verabschiedet „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ über zwei Milliarden Euro

Das Bundeskabinett hat am 5. Mai 2021 das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ beschlossen. Es besteht aus einem Nachholprogramm für pandemiebedingte Lernrückstände und einem umfangreichen Maßnahmenpaket zur Unterstützung der sozialen Kompetenzen und der allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen.

[Pressemitteilung BMFSFJ vom 5. Mai 2021](#)

Erschöpften Müttern und Vätern wieder auf die Beine helfen

[70 Jahre Erfahrungen des Müttergenesungswerkes](#)

„Der Rettungsschirm für Kurkliniken ist immer noch nicht verlängert, die Kurberatungsstellen sind finanziell überhaupt nicht gesichert. Dabei ist der Unterstützungsbedarf für die durch die Pandemie teilweise hoch belasteten Familien bei der Bundesregierung angekommen.“

[Pressemitteilung der Diakonie vom 17. Juni 2021](#)

Psychologinnen befürchten für kleine Kinder Schäden aus der Pandemie

Die Corona-Pandemie kann sich nach Einschätzung von Expertinnen negativ auf die Entwicklung von Kleinkindern auswirken. Durch den eingeschränkten oder fehlenden Kontakt zu anderen Kindern hätten manche Kinder in der Pandemie wichtige Entwicklungsschritte verpasst, fanden die Psychologinnen Julia Dillmann und Özlem Sensoy von der Justus-Liebig-Universität Gießen in einer noch laufenden Studie heraus.

[Meldung auf evangelisch.de vom 4. Juni 2021](#)

Homeschooling belastet Eltern jüngerer Kinder besonders stark

Für viele Eltern ist laut einer aktuellen Studie Berufstätigkeit und das Unterrichten ihrer Kinder zuhause „kaum miteinander zu vereinbaren“. Dabei seien Eltern jüngerer Kinder besonders stark belastet. Gerade bei den Grundschulkindern kämen im Homeschooling zu den Verständnisproblemen noch Motivations- und Konzentrationsprobleme hinzu.

>>>[Pressemitteilung der Uni Bielefeld vom 1. Juni 2021](#)

Kinder dürfen nicht die Verlierer der Pandemie werden

Damit Kinder und Jugendliche sich von den Folgen der Corona-Pandemie erholen, Defizite in der Bildung und der sozialen Entwicklung aufholen können, müssen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in den nächsten Jahren in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen gestärkt werden.

>>>[Pressemitteilung der Diakonie vom 31. Mai 2021](#)

Deutsche wünschen sich in Pandemie mehr Anerkennung für Familien

Die Mehrheit der Deutschen ist der Ansicht, dass die Belastungen von Familien in der Corona-Pandemie nicht ausreichend von der Politik berücksichtigt werden. 69 Prozent sind der Meinung, dass Familien für Herausforderungen wie Isolation, Homeschooling und eingeschränkter Kitabetrieb nicht genug Anerkennung von politischer Seite bekommen, wie eine am 31. Mai veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov und des Sinus-Instituts ergab.

>>>[Meldung auf YouGov.de vom 31. Mai 2021](#)

DJI-Befragung AID:A bietet Einblicke in die Lebenswelt und Gefühlslage von Jugendlichen vor und während der Corona-Krise

Jugendliche haben während der Pandemie nicht nur weniger Zeit mit Freundinnen und Freunden verbracht, sondern sie sind auch weniger zufrieden mit den Freundschaften und ihren Möglichkeiten, ihr Leben selbst zu gestalten. Das sind aktuelle Ergebnisse des Surveys des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz: AID:A.

>>>[Veröffentlichung des DJI vom 20. Mai 2021](#)

Studie der Bertelsmann Stiftung:

Mehrheit der Jugend fürchtet in Corona-Krise um ihre berufliche Zukunft

Mehr als 70 Prozent der 14- bis 20-Jährigen in Deutschland beklagen, dass sich die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt durch Corona verschlechtert haben. Die Hälfte ist der Auffassung, dass die Politik wenig bis gar nichts für junge Menschen tut, die einen Ausbildungsplatz suchen. Wer demnächst ein Studium anfangen möchte, sieht die Situation dagegen deutlich positiver.

>>>[Meldung der Bertelsmann Stiftung vom 29. April 2021](#)

>>>[Podcast der Bertelsmann Stiftung „Generation Lockdown? Jugend in Corona-Zeiten“](#)

Allensbach-Befragungen:

Eltern in der Corona-Krise

Zwei Allensbach-Befragungen offenbaren eine zunehmende Erschöpfung bei den Familien: 44 Prozent der Eltern zeigten sich im Februar 2021 entmutigt, weil die Pandemie so lange anhält. Die Belastungen für die Familien sind mit der Dauer der Krise gewachsen. Der Anteil der Eltern, die Stress dabei empfinden, sich neben Beruf und Haushalt noch um Kinderbetreuung und Schulunterricht zu kümmern, ist zwischen Frühjahr 2020 und Februar 2021 von 23 Prozent auf 42 Prozent angestiegen.

>>>[Meldung des BMFSFJ vom 17. Mai 2021](#)

Schule in der Pandemie: Lernzeiten der Kinder hängen auch von der Bildung der Eltern ab

Aktuelle Auswertung einer Studie des DIW zeigen, dass die Bildung der Eltern zwar kaum Auswirkung auf die Lernzeiten der SchülerInnen hatte, solange die Schulen geschlossen waren. Aber das änderte sich in der Zeit unmittelbar nach dem ersten Lockdown, als die Schulen teilweise wieder öffneten. Kinder von weniger gebildeten Eltern verbrachten damals zu Hause wesentlich weniger Zeit mit Schulaufgaben als ihre MitschülerInnen.

>>>[DIW aktuell vom 11. Mai 2021](#)

So beeinflusst der Distanzunterricht das Stressempfinden von Schülerinnen und Schülern

Wie wirken sich wechselnde Unterrichtsmodelle und die Einschränkung sozialer Kontakte auf deren Wohlbefinden aus? Gespräch mit dem Psychologen Björn Enno Hermans.

>>>[Artikel auf bpb.de](#)



ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Geburtenzahl im März 2021: Höchster Wert seit mehr als 20 Jahren

Im März 2021 sind nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 65 903 Kinder zur Welt gekommen. Mehr als 65 000 Geburten in einem März gab es zuletzt 1998. Im Vergleich zum März 2020 ist die Geburtenzahl in diesem Jahr um etwa 5 900 oder 10 % gestiegen.

>>> [Pressemitteilung Destatis vom 15. Juni 2021](#)

Sexuelle Gewalt gegen Kinder nimmt weiter zu

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Am stärksten war der Anstieg mit 53 Prozent bei der sogenannten Kinderpornografie. Die Zahl der Missbrauchsoffer ist 2020 gegenüber 2019 ebenfalls gestiegen, um knapp 1.000 auf insgesamt 16.921 Kinder unter 14 Jahren.

>>> [Meldung auf evangelisch.de vom 26. Mai 2021](#)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ wird in Krisenzeiten zum Rettungsanker

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist eine wichtige erste Anlaufstelle für gewaltbetroffene Frauen, gerade in Zeiten von Corona. Im Jahr 2020 führten die Beraterinnen 51.407 Beratungen – das entspricht einem Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dabei nahmen die Anfragen zu häuslicher Gewalt überproportional zu.

>>> [Pressemitteilung des BMFSFJ vom 10. Mai 2021](#)

Pflegende in der Familie müssen sich oft beruflich einschränken

Mehr als ein Drittel der Berufstätigen, die sich zuhause als Hauptperson um pflegebedürftige Angehörige kümmern, schränken ihre Erwerbstätigkeit wegen der Pflege stark ein oder geben sie ganz auf. 24 Prozent der Pflegenden können angesichts der Belastungen ihren Beruf nicht mehr uneingeschränkt fortführen. Mehr als jede achte Hauptpflegeperson gab den Job auf.

>>> [Meldung auf evangelisch.de vom 3. Mai 2021](#)

THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND



Forscher empfehlen Möglichkeit zur Embryonenspende

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Halle (Saale) und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften haben sich für eine Neufassung des Embryonenschutzes ausgesprochen. Paaren in fortpflanzungsmedizinischer Behandlung sollte es künftig erlaubt sein, überschüssige, außerhalb des Mutterleibs (in vitro) erzeugte Embryonen für Forschungszwecke zu spenden, erklärten die Wissenschaftsvereinigungen in einer gemeinsamen Stellungnahme. In Deutschland verbietet dies bislang das 1990 erlassene Embryonenschutzgesetz.

>>>[Meldung der Leopoldina vom 26. Mai 2021](#)

Abgeordnete wollen Pflichtberatung vor Bluttests auf Down-Syndrom

Kurz vor Ablauf der Wahlperiode wollen Abgeordnete fast aller Bundestagsfraktionen noch einen Anlauf für eine Regelung zum Umgang mit Bluttests an Schwangeren auf eine mögliche Trisomie des ungeborenen Kindes nehmen. Eine interfraktionelle Gruppe strebe eine Änderung des Gendiagnostikgesetzes an, um vor dem Test und bei positivem Ergebnis auch danach eine Beratung verpflichtend zu machen.

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 21. Mai 2021](#)

Familienzusammenführung zügig möglich machen

Anlässlich des Internationalen Tages der Familie am 15. Mai fordern der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat Dr. Martin Dutzmann, und der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe - Katholisches Büro in Berlin, Prälat Dr. Karl Jüsten, mehr Engagement bei der Zusammenführung der Familien von Flüchtlingen und subsidiär Geschützten.

>>>[Erklärung der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland vom 11. Mai 2021](#)



NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Website bietet Hilfe für Jugendliche mit Gewalterfahrungen

Auf der Webseite „www.du-auch.de“ finden Kinder und Jugendliche ab sofort Hilfe nach einer Gewalterfahrung. Ziel der Beratungsplattform ist es, jungen Menschen mit Gewalterfahrung zu helfen, eine höhere Gefährdung und stärkere Isolierung während des Corona-Lockdowns zu bekämpfen.

>>><https://du-auch.de/>

Lesempfehlung:

Zeitschrift „frühe Kindheit Nr. 2/21“

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift fasst Beiträge zum Thema „Folgen der Corona-Pandemie: neue Belastungen und neue Solidarität“ zusammen.

>>>[Exemplar bestellen](#)

Vielfalts-Check der Diakonie ist online

Der >>>[Vielfalts-Check](#) beleuchtet die aktuelle Lage in Ihrer eigenen Organisation. Außerdem zeigt er auf, wo es Barrieren gibt und macht Vorschläge, um diese zu überwinden.

Aktuelle Ausgabe von DJI Impulse zum Thema Politische Bildung in Kindheit und Jugend

Unter dem Titel „Politische Bildung von Anfang an: Wie Kinder und Jugendliche Demokratie lernen und erfahren können“ analysieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Herausforderungen in der politischen Bildung. Entscheidende Weichen für demokratisches Handeln und kritische Urteilskraft werden demnach in der Familie gestellt. Doch auch weil Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen verbringen, steigt deren Bedeutung in der politischen Bildung.

>>>[Download und Bestellung](#)

Impressum

Redaktionsschluss: 22. Juni 2021

Vi.S.d.P.: Dr. Insa Schöningh

Redaktion: Konstanze Hartmann-Boudol, Dr. Insa Schöningh

Layout und Verteiler: Janina Noormann

Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen uns. Kontakt: info@eaf-bund.de

Newsletter An- und Abmeldungen sowie ein Überblick über vergangene Ausgaben unter:

>><http://www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter>

Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint vier Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 2,50 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden:

>>https://www.eaf-bund.de/de/publikationen/familienpolitische_informationen_fpi

Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage >><http://www.eaf-bund.de/> und auf Facebook >><https://www.facebook.com/bund.eaf/> zu finden.